

Kerstin Westphal, MdEP

Städte und Kommunen besser unterstützen:

Die europäische Städteagenda und der Pakt von Amsterdam

Städte sind Lebensraum für Menschen, sie sind Motoren für Wachstum, und sie sind Brennpunkte für soziale und ökologische Probleme. Knapp 3/4 der EU-Bevölkerung lebt in Städten und Vorstädten, zwei Drittel des europäischen BIP wird in Städten erwirtschaftet. Und, nicht zuletzt: Etwa 70 Prozent der europäischen Gesetzgebung wird auf regionaler und städtischer Ebene umgesetzt. Die EU hat daher jetzt eine Städteagenda verabschiedet, die ich hier vorstellen möchte.

Eines der Ziele der europäischen Städteagenda ist es, Städten und Kommunen mehr Mitspracherecht in Entscheidungsprozessen geben, da eben ein großer Teil der EU-Gesetzgebung auf lokaler und kommunaler Ebene angewandt werden muss. Diese Ebenen sollten deshalb früher einbezogen werden. Zudem soll die Städteagenda zu einer verbesserten Kohärenz in der Städtepolitik führen. Neben besserer Rechtsetzung sind auch bessere Förderpolitik und ein verbesserter Wissenstransfer Ziele der Agenda.

Der Weg zur gemeinsamen Agenda

Da keiner der europäischen Verträge eine Rechtsgrundlage für Städtepolitik geschaffen hat, findet die Arbeit zur Stadtentwicklung auf EU-Ebene hauptsächlich in zwischenstaatlichen Diskussionen statt - also zwischen den für die Stadtentwicklung zuständigen Ministern. Die Tatsache, dass dennoch immer mehr europäische Entscheidungen auch Auswirkungen auf Städte haben, steht dazu im Widerspruch. Deswegen gab es immer wieder Versuche, wenn schon keine Gesetzgebung, so doch zumindest Vorschläge zu machen, wie Städtepolitik in Europa aussehen könnte.

Im Laufe der anhaltenden Diskussion haben sich Kernziele und Werte herauskristallisiert, zu denen ein Konsens erreicht werden konnte. Die erste gemeinsame Erklärung zu diesen Zielen erfolgte 2007 mit der „Leipzig-Charta“ für eine verstärkte Nutzung integrierter städtepolitischer Ansätze. Nur drei Jahre später wurde mit der „Erklärung von Toledo“ der Fokus auf die Rolle von Städten bei Sanierungen im Bereich Energie oder Infrastruktureffektivität gelegt. Ende 2015 verabschiedete das Europäische Parlament den „Westphal-Bericht“, mit der Forderung die lokale Ebene besser in EU-Prozesse einzubeziehen. Zudem soll ein Frühwarnmechanismus eingeführt werden, der prüft ob die Grundsätze der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit beachtet wurden. Und mein Bericht verlangt eine bessere Förderpolitik, um ein

Höchstmaß an Synergie zwischen EU-, nationalen und privaten Finanzierungsinstrumenten zu erreichen. Der letzte große Schritt zu einer gemeinsamen EU-Städteagenda erfolgte am 30. Mai 2016, als der Pakt von Amsterdam unterzeichnet wurde.

Errungenschaften des „Paktes von Amsterdam“ - und Mängel

Der Pakt (erarbeitet von der niederländischen Ratspräsidentschaft, mit Zuarbeit der Kommission und unter Zuhilfenahme von Arbeiten wie meinem Bericht und weiteren Dokumenten) zielt auf einen stärker integrierten Ansatz für die Städtepolitik. Ein wirklicher Fortschritt ist auch der Anhang des Pakts, der den operativen Rahmen und die Arbeitsmethoden inklusive konkreten Maßnahmen und Themen für die Agenda darlegt. Insgesamt sollen in sogenannten „Partnerschaften“ zwölf Themen behandelt werden. Diese betreffen sowohl die Menschen (Armutsbekämpfung, bezahlbarer Wohnraum, Inklusion von Migranten und Flüchtlingen), als auch die Stadt als Wohnraum (Kreislaufwirtschaft, Klimaanpassung, Mobilität etc.). In diesen Partnerschaften sitzen Vertreter von Städten, Mitgliedstaaten, Kommission und Interessenvertretern zusammen und erarbeiten Vorschläge, wie die europäische Politik aus städtischer Sicht in diesen Feldern besser werden kann.

Neben den Partnerschaften soll es auch eine bessere Koordinierung der europäischen Politiken geben. Es ist einfach ärgerlich, wenn die verschiedensten Stellen (in der EU: Generaldirektionen) Städten Vorgaben machen, die selten aufeinander abgestimmt sind. Deswegen brauchen wir eine bessere Koordinierung innerhalb der Kommission. Ich persönlich hätte mir dafür eine Art „Aufseher“ gewünscht, also eine Person innerhalb der Kommission, die ein Auge auf alle städte-relevanten Dossiers hat. Diese Forderung wurde leider nicht aufgegriffen. Durchsetzen konnten wir im Westphal-Bericht aber die Forderung nach einem „One Stop Shop“ - ein Anlaufpunkt für städtische Behörden, die bei Fragen oder Problemen einfach die Kommission kontaktieren können. Ich habe das mal eine „Telefonnummer in Brüssel“ genannt, und bin gespannt wie die Kommission diesen One Stop Shop jetzt praktisch umsetzen will.

Sorgen ernstnehmen, und: Mitmachen!

Der Weg bis zum Pakt von Amsterdam war sehr lang, doch die wichtigste Arbeit gilt es noch zu leisten - die Überzeugung der Städte und Kommunen. Ich habe mitbekommen, dass viele kleine Kommunen besorgt sind, weil sie glauben, dass die EU den Fokus vor allem auf Großstädte legt. Es ist aber gerade nicht unser Ziel Großstädten wie Paris, Rom oder Berlin Vorteile zu verschaffen. Ganz im Gegenteil: Wir sorgen uns auch um Klein- und Mittelstädte. Außerdem sollen sowohl der städtische als auch der ländliche Raum von der EU-Städteagenda profitieren, weil beide Gebiete nur stärker werden können, wenn sie zusammenarbeiten. Die Städteagenda soll auch keine neue Bürokratie aufbauen, sondern sie soll Städten und Kommunen nützlich sein. Daher möchte ich mit einem Appell an die Leserinnen und Leser schließen: Wenn Sie in einer Stadtverwaltung arbeiten und mit europäischen Themen befasst sind - bringen Sie sich ein! Warum nicht mitmachen in einer der Partnerschaften? Oder fragen Sie

über die Verbände nach, und nehmen Sie so Einfluss... jetzt sind die Städte und Kommunen am Zug! Wir haben auf europäischer Ebene mit dem Pakt von Amsterdam den Werkzeugkasten zur Verfügung gestellt.

Dieser Gastbeitrag wurde zunächst im Juli 2016 in der Zeitschrift „Europa kommunal“ (Nr. 4/2016) der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) veröffentlicht.

Autorin

Kerstin Westphal, MdEP ist seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments. Sie ist Mitglied im Regionalausschuss sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz. Kerstin Westphal hat für das Parlament den Bericht über die städtische Dimension der EU-Politikfelder (2014/2213(INI)) verfasst.

Kontakt: kerstin.westphal@europarl.europa.eu

Weitere Informationen: www.kerstin-westphal.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Europa

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel.: +49 30 62980-114

europa-bbe@b-b-e.de

www.b-b-e.de